

# D2

## **Gegen die Rückkehr der Wehrpflicht Bundeswehr raus aus Schulen!**

Die Linke Niedersachsen lehnt die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eine wie auch immer geartete Form des Pflichtdienstes kategorisch ab. Wir stehen für eine friedliche, zivile Gesellschaft und eine strikte Trennung von Militär und Bildungseinrichtungen.

Unsere Position ist klar:

- Keine Rückkehr zur Wehrpflicht! Die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 war ein wichtiger Schritt zur Entmilitarisierung der Gesellschaft. Eine Wiedereinführung – ob in Form eines Pflichtdienstes, einer Dienstpflicht oder gar als "Gesellschaftsjahr" – ist ein Rückfall in ein obrigkeitstaatliches Denken, das nicht mit demokratischen und freiheitlichen Prinzipien vereinbar ist.
- Bundeswehr raus aus Schulen! Wir fordern ein sofortiges Ende von Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien und der Bundeswehr. Schulen sind Orte der Bildung, nicht der Rekrutierung. Die gezielte Ansprache von Jugendlichen durch Jugendoffiziere stellt eine unzulässige Einflussnahme auf junge Menschen dar.
- Zivile Friedensbildung stärken! Statt Bundeswehrwerbung und Kriegspropaganda brauchen Schulen eine konsequente politische Bildung im Sinne von Friedenserziehung, Menschenrechten und internationalem Völkerrecht. Friedenslogik statt Kriegslogik!
- Keine Werbung für den Dienst an der Waffe – weder an Schulen noch in Jobcentern, Arbeitsagenturen oder auf öffentlichen Veranstaltungen.
- Solidarität mit Kriegsdienstverweigerinnen und Deserteurinnen weltweit! In Zeiten internationaler Aufrüstung ist es unsere Aufgabe als LINKE, all jene zu unterstützen, die sich dem Militär verweigern – in Deutschland und global.

Die Linke Niedersachsen bekräftigt ihren friedenspolitischen Grundkonsens:

Wir sagen Nein zur Militarisierung der Gesellschaft. Ja zu zivilem Engagement, Demokratie und Frieden!

In diesem Sinne strebt der Landesverband eine enge Zusammenarbeit mit der Linksjugend Niedersachsen an, um antimilitaristische Bildungsarbeit, Aktionen und Aufklärungsarbeit insbesondere im schulischen und außerschulischen Bereich zu stärken.

Begründung der Dringlichkeit:

Angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Debatten auf Bundesebene, insbesondere der von Verteidigungsminister Pistorius forcierten Diskussion über eine Rückkehr zur Wehrpflicht und die verstärkten Auftritte der Bundeswehr an Schulen, ist eine klare und sofortige Positionierung der LINKEN Niedersachsen notwendig. Die Militarisierung der Gesellschaft droht, wieder salonfähig zu werden – dem müssen wir entschieden entgegenzutreten.

---